

Datenschutzhinweise nach DSGVO

Aufklärung gem. Art.13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Sehr geehrte Mandantin, sehr geehrter Mandant,

nachstehend dürfen wir Sie gem. Art.13 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

Ihre Verantwortlichen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind wir:

rbo-Rechtsanwälte

vertretungsberechtigte Gesellschafter:

Frau Rechtsanwältin Ingrid Nuxoll, Herr Rechtsanwalt Hajo Brumund, Herr Rechtsanwalt und Notar Jochen Harms und Herr Rechtsanwalt und Notar Sebastian Schlüter.

Kanzleisitz: Sieben Berge 37, 26125 Oldenburg, eMail: info@rbo-rechtsanwaelte.de, Tel.: +49 441 921730.

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte unserer Kanzlei ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. des Datenschutzbeauftragten oder per E-Mail unter datenschutz@rbo-rechtsanwaelte.de erreichbar.

Datenkategorien und Datenherkunft: Welche Kategorien von Daten wir verarbeiten, hängt davon ab, ob Sie uns als Rechtsanwälte beauftragen oder notarielle Leistungen in Anspruch nehmen wollen. In jedem Fall verarbeiten wir Ihre Stammdaten (Anrede, Vorname, Nachname, Anschrift), Kommunikationsdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer).

Beauftragen Sie uns als Rechtsanwälte, verarbeiten wir darüber hinaus sämtliche Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind (z.B. Vertragsdaten, Buchungsdaten, Forderungsdaten, Vermögenswertdaten, steuerliche Daten, für ggf. notwendige Verfahrenswertberechnung erforderliche Daten).

Nehmen Sie notarielle Leistungen in Anspruch, verarbeiten wir über die im ersten Absatz genannten Daten hinaus, sämtliche Daten, die für die Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich sind (z.B. bei Grundstücksverträgen Ihre steuerliche Identifikations-Nummer; in bestimmten Fällen, z. B. bei Eheverträgen, Testamenten, Erbverträgen oder Adoptionen, auch Daten zu Ihrer familiären Situation und zu Ihren Vermögenswerten sowie ggf. Angaben zur Ihrer Gesundheit oder andere sensible Daten, z. B. weil diese zur Dokumentation Ihrer Geschäftsfähigkeit dienen; in bestimmten Fällen auch Daten aus Ihren Rechtsbeziehungen mit Dritten wie z. B. Aktenzeichen oder Darlehens- oder Konto-Nummern bei Kreditinstituten. Außerdem verarbeiten wir Daten aus öffentlichen Registern, z. B. Grundbuch, Handels- und Vereinsregistern.

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage: Beauftragen Sie uns als Rechtsanwälte, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen Ihnen gegenüber, also um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können, also zur Geltendmachung Ihrer Rechte, der Beitreibung Ihrer Forderungen, um Sie kontaktieren zu können und zur Rechnungsstellung. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO. Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen rechtsanwaltlicher aufgrund gesetzlicher Vorgaben gemäß Art 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO. (z.B. die Identitäts- und Altersprüfung sowie Verpflichtungen zur Betrugs- und Geldwäscheprävention), im Rahmen einer Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO (z.B. zur Geltendmachung rechtlicher Ansprüche) sowie ggf. aufgrund Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO. Haben Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt, können Sie diese jederzeit widerrufen (siehe unten).

Nehmen Sie notarielle Leistungen in Anspruch, werden Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich verarbeitet, um die von Ihnen und ggf. weiteren an einem Geschäft beteiligten Personen begehrte notarielle Tätigkeit entsprechend den Amtspflichten durchzuführen, also etwa zur Erstellung von Urkundsentwürfen, zur Beurkundung und dem Vollzug von Urkundsgeschäften oder zur Durchführung von Beratungen. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich im Rahmen der für Notare geltenden berufs- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen, die sich im Wesentlichen aus der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz ergeben. Aus diesen Bestimmungen ergibt zugleich auch die rechtliche Verpflichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten. Eine Nichtbereitstellung der bei Ihnen angeforderten Daten würde daher dazu führen, dass die (weitere) Durchführung des Amtsgeschäfts abgelehnt werden müsste. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) und e) DSGVO.

Im Rahmen anwaltlicher Tätigkeit geben wir Ihre persönlichen Daten nur an Dritte weiter, soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner, und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), Drittschuldner, Notare, die Weitergabe an Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz (z.B. Gerichte, Gerichtsvollzieher, Einwohnermeldeämter, Grundbuchämter, amtliche Register, Gutachterausschuss), die Weitergabe zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Im Rahmen notarieller Tätigkeit geben wir Ihre persönlichen Daten nur an Dritte weiter, soweit dies für die Abwicklung des Amtsgeschäfts erforderlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe aufgrund von Mitteilungspflichten gegenüber der Finanzverwaltung, oder an öffentliche Register wie Grundbuchamt, Handels- oder Vereinsregister, Zentrales Testamentsregister, Vorsorgeregister, Gerichte wie Nachlass-, Betreuungs- oder Familiengericht oder Behörde, sowie ggf. im Rahmen der Standes- und Dienstaufsicht zur Erteilung von Auskünften an die Notarkammer oder die Dienstaufsichtsbehörde. Darüber erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur mit Ihrem Einverständnis und aufgrund Ihres Auftrages. Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Drittländer erfolgt nur auf Ihren Antrag hin oder wenn und soweit ein Urkundsbeteiligter in einem Drittland ansässig ist.

Elektronische Kommunikation: Der Austausch per E-Mail kann die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit erheblich beschleunigen. Grundsätzlich tauschen wir E-Mails transportverschlüsselt aus. Aus technischen Gründen kann es aber sein, dass einzelne Verfahrensbeteiligte, wie auch Sie selber, nicht die Möglichkeit haben, hieran teilzunehmen. Wünschen Sie, dass wir in Ihrer Angelegenheit dennoch per E-Mail kommunizieren, benötigen wir die Einwilligung aller Betroffenen. Hierzu kann das angehängte Formular verwendet werden. Der unverschlüsselte Versand von E-Mails birgt stets das Risiko einer unerwünschten Offenlegung von Inhalten gegenüber Dritten. Aus diesem Grund versenden wir besonders sensible Dokumente, wie z.B. Bankunterlagen oder Gesundheitsdaten, ausschließlich per Post, oder über einen gesicherten Datenraum.

Dauer der Speicherung: Die für anwaltliche Tätigkeiten von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Die zur Durchführung notarieller Amtsgeschäfte erhobenen personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht. Gemäß §§ 50, 51 der Verordnung über die Führung notarieller Akten und Verzeichnisse (NotAktVV) gelten folgende Aufbewahrungsfristen:

Aufbewahrungsfristen für Unterlagen ab dem 1. Januar 2022

1. Eintragungen im Urkundenverzeichnis: 100 Jahre
2. Eintragungen im Verwahrungsverzeichnis: 30 Jahre
3. Dokumente in der Urkundensammlung: 30 Jahre

4. Dokumente in der Erbvertragsammlung: 100 Jahre
5. Dokumente in der elektronischen Urkundensammlung: 100 Jahre
6. Dokumente in der Sondersammlung: 100 Jahre
7. Dokumente in der Nebenakte: 7 Jahre
8. Dokumente in der Sammelakte für Wechsel- und Scheckproteste: 7 Jahre
9. Dokumente in der Generalakte: 30 Jahre

Hinweis: Für Dokumente, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2022 erstellt wurden, gelten die Fristen für die Urkundensammlung, Erbvertragsammlung, elektronische Urkundensammlung und Sondersammlung nicht.

Aufbewahrungsfristen für Altbestände (1. Januar 1950 bis 31. Dezember 2021)

1. Urkundenrolle, Erbvertragsverzeichnis und Namensverzeichnis zur Urkundenrolle: 100 Jahre
2. Verwahrungsbuch, Massenbuch, Namensverzeichnis zum Massenbuch und Anderkontenliste: 30 Jahre
3. Dokumente in der Urkundensammlung (inkl. gesondert aufbewahrte Erbverträge): 100 Jahre
4. Dokumente in der Nebenakte: 7 Jahre
5. Dokumente in Sammelbänden für Wechsel- und Scheckproteste: 7 Jahre

Hinweis: Die Frist für die Urkundensammlung gilt auch für Dokumente, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2022 erstellt wurden.

Aufbewahrungsfristen für Unterlagen vor dem 1. Januar 1950

- Diese Unterlagen sind **dauerhaft** aufzubewahren.
- Eine Pflicht zur Konservierung besteht nicht, aber wenn sie elektronisch übertragen werden, sind die elektronischen Dokumente ebenfalls dauerhaft aufzubewahren.

Beginn der Aufbewahrungsfristen

1. Urkundenverzeichnis: Ab dem Kalenderjahr, das auf die Eintragung folgt.
2. Verwahrungsverzeichnis: Ab dem Kalenderjahr, das auf den Abschluss des Verwahrungsgeschäfts folgt.
3. Urkundensammlung, Erbvertragsammlung, elektronische Urkundensammlung, Sondersammlung, Sammelakte für Wechsel- und Scheckproteste: Ab dem Kalenderjahr, das auf die Beurkundung oder Amtshandlung folgt.
4. Nebenakte: Ab dem Kalenderjahr, das auf den Abschluss des Amtsgeschäfts folgt.

Nach Ablauf der Speicherfristen werden Ihre Daten gelöscht bzw. die Papierunterlagen vernichtet, sofern wir nicht nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus Handelsgesetzbuch, Strafgesetzbuch, Geldwäschegesetz oder der Abgabenordnung) sowie berufsrechtlicher Vorschriften zum Zweck der Kollisionsprüfung zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß Art.15–22 DSGVO stehen Ihnen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@rbo-rechtsanwaelte.de.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde: Sie haben gem. Art.77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für unsere Kanzlei zuständigen Aufsichtsbehörde lautet: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 530159, Hannover.

Einwilligungserklärung:

Ich habe die vorgenannten Informationen zum Datenschutz gem. Art.13 DSGVO nebst meinen Betroffenenrechten gelesen. Ich willige hiermit ein, dass die Übermittlung meiner personenbezogenen Daten per unverschlüsselter E-Mail erfolgt. Mir ist bewusst, dass ich diese Einwilligung jederzeit ohne Angaben von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Hierfür genügt eine formlose Nachricht per Mail an info@rbo-rechtsanwaelte.de, telefonisch unter +49 441 921730 oder per Post an die Kanzleianschrift.

Vorname, Name

Ort, Datum

Unterschrift